

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

39 (1.4.1948)

UN-Atomenergie-Ausschuß ist zusammengetreten

New York, 31. März. (Dena-Reuter) Der UN-Atomenergie-Ausschuß, der ein internationales Atomenergie-Vertrag...

3. Jahrgang / Nummer 39 Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-5, Tel. 4081/53



Karlsruhe, Donnerstag, 1. April 1948 Monatlicher Bezugspreis RM. 2.30 Postbezug RM 2.00 zuzügl. Zustellgebühr

ERP wird nicht gekürzt

Washington, 31. März. (Dena-INS) Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte am Mittwoch einen Antrag ab, die Summe für das europäische Wiederaufbauprogramm um 1,3 Milliarden Dollar zu kürzen.

Noch unbestimmte deutsche Anforderungen an Marshall-Plan

Frankfurt, 31. März. (Dena) An der Marshallplan-Besprechung, die am Mittwoch im Zweimächte-Kontrollamt stattfand, nahmen nach Mitteilung der Pressestelle des Verwaltungsrates die fünf Direktoren der Zweizonen-Verwaltungen...

Spanien nimmt als gleichgestellter Mitgliedsstaat am ERP teil

Washington, 31. März. (AP) Das amerikanische Repräsentantenhaus beschloß am Dienstag mit 149 zu 52 Stimmen, Spanien zur Teilnahme am Marshallplan zuzulassen. Über den Anteil Spaniens an dem 2.600.000.000-Dollar-Betrag für das europäische Wiederaufbauprogramm wird das Repräsentantenhaus anschließend entscheiden.

Neue Pariser Konferenz der Marshall-Plan-Länder

London, 31. März. (Dena-Reuter) Die Mehrheit der Marshall-Plan-Länder hat wie am Mittwochabend von maßgeblicher Seite verlautet, die Einladung Großbritanniens und Frankreichs, am 12. April in Paris zusammenzutreten, angenommen.

Die Russen drohen Isolierung Berlins von den westlichen Zonen an

Berlin, 31. März. (AP) Der sowjetische Dolmetscher Generalleutnant Ljukjantschenko drohte am Dienstag in einem Interview mit dem sowjetisch lizenzierten „Vorwärts“ mit einer Beschränkung des Verkehrs auf der Eisenbahn und den Hauptverkehrsstraßen in Berlin...

Die Tschechoslowakei und die UN

Prag, 31. März. (AP) Die Tschechoslowakei würde es ablehnen, sich vor den Vereinten Nationen gegen Chile Beschuldigung zu verweigern, daß die Machtergreifung durch die Kommunisten auf eine sowjetische Intervention zurückzuführen sei...

USA fordern sofortigen Waffenstillstand in Palästina vor dem Sicherheitsrat

New York, 31. März. (Dena) Die Vereinigten Staaten forderten am Dienstag im Sicherheitsrat in einer Resolution sofortigen Waffenstillstand in Palästina und Einberufung einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung.

„Wir müssen einen klaren Kopf behalten und entschlossen sein“

Bogota, 31. März. (AP) Auf der Eröffnungssitzung der panamerikanischen Konferenz forderte am 30. März der brasilianische Hauptdelegierte Joao Neves da Fontoura eine Einheitsfront der westlichen Hemisphäre gegen den Kommunismus.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben.

„Einsatzfreudiges“ Wirtschaftsamt

Frankfurt, 31. März. (Eig. Bericht -sch-) Die CDU-Fraktion des Hessischen Landtags hat über einen kleinen Anfrage Auskunft über Vorkommnisse verlangt, die sich bei einer Fachingsteier der Beamten des Landwirtschaftsamtes in Wiesbaden zugezogen hatten.

Im Telegrammstil

London, Der sowjetische Delegierte H. W. Koltomow gab laut AFP auf der Mittwochabendigen UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf bekannt, die Sowjetunion sei zu einer Herabsetzung ihrer Reparationsforderungen an Österreich von 200 Millionen auf 120 Millionen, die in sechs statt zwei Jahren zu entrichten seien, bereit.

Trinksprüche in Moskau

Moskau, 31. März. (AP) Der sowjetische Außenminister W. M. Molotow gab am Dienstagabend dem finnischen Ministerpräsidenten Mauno Pekkala und seiner Delegation einen Empfang. Molotow war ausweichend über die Trinksprüche in Moskau zu den westlichen Alliierten.

„Heimatkartei“ der Breslauer

Die Suchdienstgemeinschaft, Caritas-Meldetele, Breslau, teilt mit: Es ist noch nicht genügend bekannt, daß sich in Cham/Oberpfalz eine Sammelstelle befindet, in der bereits 350.000 Breslauer, nach früheren Adressen geordnet, kartellmäßig in den jetzigen Anschriften erfaßt sind.

Einstellung von Ausländern in US-Armee vorgeschlagen

Washington, 31. März. (Dena-INS) Der republikanische Senator von Massachusetts Henry Cabot Lodge forderte am 31. März im Senatsausschuß für die bewaffneten Streitkräfte dringend die Verabschiedung eines Gesetzes zur Einstellung von Ausländern in die amerikanische Armee.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Heimatkartei“ der Breslauer

Die Suchdienstgemeinschaft, Caritas-Meldetele, Breslau, teilt mit: Es ist noch nicht genügend bekannt, daß sich in Cham/Oberpfalz eine Sammelstelle befindet, in der bereits 350.000 Breslauer, nach früheren Adressen geordnet, kartellmäßig in den jetzigen Anschriften erfaßt sind.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

„Sowjetische Demokratie“ contra „formelle Demokratie“

Genf, 31. März. (AP) Der sowjetische Delegationsführer auf der UN-Konferenz für Nachrichtenfreiheit in Genf, A. E. Bogomolow, hat seine erste Erklärung über die Richtlinien der Pressepolitik abgegeben. In einer fast einstündigen Rede wiederholte er die von Vertretern des Ostblocks bereits in jeder Sitzung der Konferenz gegen die britische und amerikanische Presse erhobenen Beschuldigungen.

Europa zwischen Ost und West

Die Spannung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, die ihren Höhepunkt mit Triest und der durch den sowjetischen Oberbefehlshaber hervorgerufenen Situation im Berliner alliierten Kontrollrat erreichte, scheint gegenwärtig an der deutschen und italienischen Front nachzulassen.

Nachdem die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in der vergangenen Woche eine Revision des italienischen Friedensvertrages mit dem Vorschlag einer Rückgabe des Freistaates Triest in Italien unterstützten, ist hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen bis jetzt keine neue Aktion der Großmächte erfolgt.

So hat der polnische Außenminister dem italienischen Botschafter in Warschau unterbreitet, seine Regierung beabsichtige, daß die früheren italienischen Kolonien für eine bestimmte begrenzte Zeit unter italienisches Mandat gestellt würden.

In London wird dies als unmittelbare Antwort auf den Mifßerfolg der Sonderauftragten des Außenministeriums der italienischen Kolonien angesehen, eine Entscheidung darüber zu fällen, ob die Ansichten der übrigen „interessierten Nationen“ über die Zukunft der italienischen Kolonien vor oder nach der Bedingung der Inspektionsreise in Wien gelten sollen, die eine Viermächte-Sonderkommission gegenwärtig in den Kolonien selbst unternimmt.

Beobachter glauben jedoch nicht, daß die Sowjetunion und die Westmächte in ihrem Bestreben, auf das Ergebnis der italienischen Wahlen einzuwirken, bereits ihre letzten Trümper ausgespielt haben. Nach nüchternen Überlegung wird die Gefahr der Lage in London darin gesehen, daß sich Washington und Moskau in Italien so stark verflochten haben, daß sie es sich nicht leisten können, die jeweils von ihnen begünstigte Seite in einer Wahl verlieren zu sehen, die normalerweise rein innerpolitischen Charakter haben würde.

Hinsichtlich Deutschlands schreibt der Reuter-Korrespondent, wurden ähnliche Schritte als Antwort auf die sowjetische Weigerung, die Durchführung der Grundbedingungen der deutschen Wirtschaftseinheit zu gestatten, besonders von den amerikanischen Vertretern im Außenministerium seit langem angedroht. Aber eine gemeinsame öffentliche proklamierte Aktion aller drei Westmächte zur Revision einer bestimmten Vertragsklausel wurde bis jetzt nicht unternommen.

Wünschenswerte Regierungsform für Deutschland

Bei einer Umfrage in der US-Besatzungszone über eine wünschenswerte Regierungsform für Deutschland, bei der der Kommunismus und Nationalsozialismus zur Wahl gestellt wurden, entschieden sich weniger als fünf Prozent der Befragten für den Nationalsozialismus, während sich 60 Prozent für keine der beiden Ideologien aussprachen und die übrigen eine Stellungnahme ablehnten, heißt es im Märzbericht der Abteilung für die Erforschung der öffentlichen Meinung bei der Nachrichtenkontrolle der amerikanischen Militärregierung.

Bei der Wahl zwischen zwei Regierungen, von denen die eine wirtschaftliche Sicherheit und gute Verdienstmöglichkeiten, die andere dagegen persönliche Freiheit garantierte, stimmte die überwiegende Mehrheit für die erste. Diese Ansicht hat sich nach dem Bericht im Laufe der letzten beiden Jahre nur geringfügig verändert.

Das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zu den gemeinsamen Bemühungen der Alliierten um den Wiederaufbau Deutschlands hat sehr nachgelassen. Das zeigt — Omnis zufolge — das Ergebnis einer kürzlich von der amerikanischen Militärregierung in der US-Zone veranstalteten Umfrage zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Während im September 1946 43 Prozent der Befragten der Ansicht waren, daß die Alliierten mit ihren Bemühungen den Aufbau Deutschlands förderten, gaben im Januar 1948 nur noch 30 Prozent der Befragten der Meinung, daß die Alliierten die Wiederaufbau Deutschlands, hat sich — ebenfalls Omnis zufolge — von 1946 bis zum Januar dieses Jahres verdoppelt.

Fünfzig Prozent der befragten Personen meinten, Amerika solle den Wiederaufbau Deutschlands so kurzfristig wie möglich durchführen, um so zu verhindern, daß es eine Beute des Kommunismus wird.

1948 befragten 70 Prozent der Befragten die Bemühungen der USA um den Neuaufbau Deutschlands positiv, im August 1947 waren es nur noch 44 Prozent, jedoch ist der Prozentsatz bis zum Januar dieses Jahres bereits wieder auf 55 Prozent gestiegen, was man amerikanischerseits auf das zu erwartende Auslaufen des Marshall-Planes zurückführt.

„Einsatzfreudiges“ Wirtschaftsamt Frankfurt, 31. März. (Eig. Bericht -sch-) Die CDU-Fraktion des Hessischen Landtags hat über einen kleinen Anfrage Auskunft über Vorkommnisse verlangt, die sich bei einer Fachingsteier der Beamten des Landwirtschaftsamtes in Wiesbaden zugezogen hatten. Drei Angestellte dieses Amtes hatten dabei in trunkener Zustand Büromöbel aus dem Fenster ihres Arbeitszimmers geworfen. Wirtschaftsminister Dr. Koch hat in seiner Antwort auf diese Anfrage erklärt, daß es bei diesem Vorfall vor dem Parlament verhandelt zu müssen. Es habe sich um „besonders einsatzfreudige“ und für das Landwirtschaftsamt „praktisch unentbehrliche Menschen“ gehandelt, die „selbstverständlich zu Rechenschaft gezogen seien“. Die CDU-Fraktion hat diese Erklärung der Anfrage als grob ungehörig zurückgewiesen und sich auf scharfe dagegen verweist, daß der Minister die sachliche Anfrage einer politischen Partei in solchem Tone erledigt.

